



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Bau weiter gut in Form

Die konjunkturelle Abkühlung in Deutschland ist unverkennbar. ifo hat seine Wachstumsprognose für 2019 auf 1,1 % gesenkt. Als Risiko-Faktoren sieht das Institut vor allem einen harten Brexit, die Konsequenzen eines Handelskrieges, den Strukturwandel in der Automobilindustrie und – mittelfristig – die demographische Entwicklung. Als konjunkturellen Aktivposten nennt ifo-Präsident Clemens Fuest insbesondere den Bausektor, der sich immer noch in einer Hochkonjunktur befinde. Der Bundesfinanzminister hat wissen lassen, dass „die fetten Jahre vorbei“ seien, und steuerliche Entlastungen für niedrige und mittlere Einkommen versprochen. Außerdem hat er zum wiederholten Male eine gerechtere Besteuerung internationaler Großkonzerne angekündigt. Dass hier höchster Handlungsbedarf besteht, zeigt die skandalöse Tatsache, dass Google im Jahr 2017 rund 20 Mrd. Euro von Irland über die Niederlande auf die Bahamas geschleust hat. Mit diesem seit über einem Jahrzehnt praktizierten Verfahren senkt der Internetkonzern seine effektive steuerliche Belastung auf rund 5 %. Apple, Facebook und Amazon sind ähnlich trickreich unterwegs. Einer neuen Studie zufolge zählt der deutsche Staat zu den größten Verlierern dieser Machenschaften. Denn: 55 Mrd. Euro der verschobenen Profite stammen aus Deutschland. Irland will seine Mitwirkung an dieser gewaltigen „Steuerumgehung“ erst 2020 beenden.

Mehr Umsatz - höhere Preise

Das Bauhauptgewerbe hat seinen Umsatz im Oktober 2018 – gegenüber dem Vorjahresmonat – um 16,8 % steigern können. Der Hochbau wuchs um 12,4 %, obwohl die Zahl der Beschäftigten nur um 1,3 % zulegen. Diese Tatsache lässt auf höhere Produktivität schließen, relativiert sich aber durch zum Teil deutliche Preissteigerungen. So haben sich die Baupreise für Wohngebäude im vergangenen November – ebenfalls gegenüber dem Vorjahresmonat – um 4,8 % erhöht, was den stärksten Anstieg im Vorjahresvergleich seit 2007 bedeutet. Bei Heizanlagen und der Wassererwärmung belief sich der Preisanstieg auf 3,7 %. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sieht übrigens den Staat als wesentlichen Preistreiber im Baubereich. Durch das Baukindergeld und die steuerliche Sonderabschreibung für den Mietwohnungsbau würde der ohnehin auf Hochtouren laufende Wohnungsbau weiter angeheizt. Zu keinem Zeitpunkt nach der Wiedervereinigung habe es eine höhere Auslastung der Bauwirtschaft gegeben. Die zusätzliche Kaufkraft der privaten Haushalte und Wohnungsunternehmen werde den Preisauftrieb weiter beschleunigen. Volkswirtschaftlich sinnvoller als diese Kraftspritze im Boom wäre eine antizyklische Förderung gewesen, die die irgendwann unvermeidliche Abkühlung der Baukonjunktur abfedern würde.

Abnehmende Wettbewerbsfähigkeit

Nach längerem kommunikativem Tiefschlaf scheinen die Wirtschaftsverbände aus ihrer Erstarrung zu erwachen und äußern überfällige Kritik an der GroKo-Politik, die sich mehr mit parteipolitischen Schaulaufen als mit der Lösung dringender Zukunftsprobleme befasst. Der BDI beanstandet das Fehlen einer „wahrnehmbaren, zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik“. Der Arbeitgeberverband spricht von verlorener Zeit. Und der Handwerks-Präsident moniert das Ausstellen „ungedeckter Schecks auf die Zukunft.“ Die Wettbewerbsfähigkeit

des Standorts rückt stärker in den Fokus der Diskussion. So hat das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) kürzlich 21 Industrienationen auf die Standortfaktoren für Unternehmen untersucht. Kriterien waren dabei Aspekte wie Steuern, Arbeitskosten, Regulierung, Rechtssicherheit und Korruption. Für Deutschland erweist sich der neue „Länderindex Familienunternehmen“ als desillusionierend: Die Bundesrepublik landet im unteren Mittelfeld auf Rang 16, also vier Plätze schlechter als bei der vorherigen Erhebung vor zwei Jahren. Auffällige Wettbewerbsnachteile bestehen hierzulande – laut ZEW – vor allem bei Steuern, Arbeitskosten und Infrastruktur. Auch bei Rechtssicherheit und Korruptionskontrolle werden keine Spitzenplätze erreicht.

Zinspolitik: Gewinner und Verlierer

Die europäischen Staaten haben durch die EZB-Zinspolitik – im Vergleich zu „normalen“ Zeiten – seit 2008 rund 1,4 Billionen Euro an Zinsen gespart. Für Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland belief sich der Vorteil in dieser Zeit auf fast 370 Mrd. Euro. Ohne die marktwidrige Zinsmanipulation der EZB hätte es auch hierzulande keine Chance auf ausgeglichene Staatshaushalte gegeben. Natürlich hat auch jemand den Preis der wundersamen Geldvermehrung zu zahlen: Die deutschen Sparer und Anleger haben zwischen 2010 und 2018 – im Vergleich zum Normalniveau – bei Einlagen, Rentenpapieren und Versicherungen Zinseinbußen von 533 Mrd. Euro erlitten.

Rechnet man die Zinsersparnisse durch günstigere Kredite in Höhe von 238 Mrd. Euro dagegen, so ergeben sich Netto-Zinseinbußen von knapp 300 Mrd. Euro. Noch desaströser präsentiert sich die Bilanz der privaten Haushalte, wenn man die realen Verluste infolge der von der EZB betriebenen Geldentwertung einbezieht. Letztlich zeigt sich: Die größtenteils hoch verschuldeten Länder der Euro-Zone profitieren durch virtuell niedrige Zinsen und ihre faktische Entschuldung von der EZB-Zinspolitik. Die Lasten werden dagegen von den Bürgern getragen. Vor diesem Hintergrund dürfte die erste Zinserhöhung seit 2011 weiter auf sich warten lassen.

Warum sparen?

Die öffentlich-rechtlichen TV-Sender nehmen jährlich dank der gesicherten Rundfunkgebühr rund 8 Mrd. Euro ein. ARD und ZDF haben kürzlich trotz der üppigen Finanzausstattung eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags gefordert. Aufschlussreich ist eine neue Studie von heise.de, die die Gehaltsstrukturen der ARD unter die Lupe genommen hat und dabei zu höchst überraschenden Erkenntnissen gekommen ist. Als Fazit hat sich dabei ergeben, dass die derzeit 19.096 ARD-Angestellten im Durchschnitt sage und schreibe 113.060 Euro kosten. Das einbezogene Mitarbeiter-Spektrum reicht von den Intendanten bis zu den Pförtnern. Das durchschnittliche Monatsgehalt beträgt 7.717 Euro, hinzukommen monatlich fast 1.705 Euro für die Pensionsrückstellungen. Laut heise.de machen die Personalkosten im ARD-Schlaraffenland mehr als 50 % der Gesamtkosten aus. Zum Vergleich: Bei ProSiebenSat1 gerade einmal 16 %. Vor diesem Hintergrund zeugt die Forderung nach einer weiteren Gebührenerhöhung von einer erstaunlichen öffentlich-rechtlichen Chuzpe. Einem ehemaligen Bundesminister wird das Bonmot zugeschrieben, die Qualität des deutschen Fernsehens sei ohnehin nicht gebührenpflichtig, sondern schmerzengeldpflichtig.